

«Kein Wachstum in Sicht»

So verteidigt die Uni Luzern die Schliessung des Fachs Religionswissenschaft.

Silvio Frei

Nach den angekündigten Sparmassnahmen an der Universität Luzern gibt es lautstarke Kritik – insbesondere die Einstellung des Fachs Religionswissenschaft sorgt für Unverständnis. So hatten sich mehrere Institutionen, darunter auch der «Ver ein der Religionslehrer/-innen an den Luzerner Mittelschulen», an das Bildungsdepartement und die Uni gewendet. Auch die Islamische Gemeinde Luzern kritisiert den Entscheid hart (siehe Box).

Von mehreren Religionslehrpersonen werden dabei die kommunizierten Entscheidungskriterien kritisiert. In ihrer Medienmitteilung zum Sparhammer spricht die Universität Luzern beispielsweise von 13 Vollzeitstudierenden in der Religionswissenschaft – nicht gezählt werden aber diejenigen, welche diese als Nebenfach belegen. Gemäss Jahresbericht der Schweizerischen Gesellschaft für Religionswissenschaft verzeichnete das Fach im Frühlingssemester 2025 insgesamt 39 Studierende.

Konfrontiert mit dieser Aussage sagt Regierungsrat Armin Hartmann, der als Präsident des Universitätsrates waltet, dass die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (KSF) bei der Umsetzung des Sparauftrags vor der Aufgabe stand, die Ausgaben und Einnahmen wieder ins Lot zu bringen. Die Kosten sollten so reduziert werden, dass «gleichzeitig die Einbussen bei den Erträgen gering ausfallen». Leitend seien dabei die strategischen Überlegungen gewesen, wie die Fakultät «langfristig attraktiv bleibt und in Qualität und Finanzierungsfragen mithalten kann».

Dabei, so der Bildungsdirektor, habe die Uni alle vorhandenen Informationen berücksichtigt. Dazu hätten insbesondere aktuelle und zukünftige Studie-



Studierende an der Uni Luzern. Religionswissenschaften werden sie künftig nicht mehr belegen können. Bild: Boris Bürgisser (Luzern, 16.9.2024)

rendenzahlen in allen Studien gefässt – auch die insgesamt 38 Nebenfachstudierenden – sowie die Akquise von Drittmitteln ge zählt. Eine detaillierte Auf schlüsselung oder ein Vergleich mit anderen Fächern will Hartmann allerdings nicht vorlegen.

«Die Universität Luzern muss priorisieren»

Der Grund: «Der Vergleich mit anderen Fächern, insbesondere mit solchen in anderen Fakultäten, ist weder aussagekräftig noch kausal», argumentiert Hartmann. Entscheidend sei vielmehr die interne strategische Gewichtung. Während in den Wirtschaftswissenschaften oder in der Soziologie ein Wachstum erwartet werde, sei dies in der Religionswissen schaft absehbar nicht der Fall. Deshalb habe man sich entschieden, die Professur in eine kulturwissenschaftliche Ausrichtung umzuwandeln – ein Be-

«Ein Rückschritt für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt»

Die Islamische Gemeinde Luzern (IGL) veröffentlichte am Dienstag einen offenen Brief an die Universität Luzern. Darin kritisiert die IGL die Abschaffung des Fachs Religionswissenschaft. Dies sei nicht nur eine bildungspolitische Kürzung, sondern ein schwerwiegender Rückschritt mit Folgen für die Integrationsarbeit, die interreligiöse Zusammenarbeit und das friedliche Zusammenleben im Kanton Luzern. Die Entscheidung zur Abschaffung der Professur und des Fachs würde laut IGL insbesondere kleinere Religions-

gemeinschaften hart treffen, für die das Seminar oft der einzige neutrale, wissenschaftlich fundierte Gesprächspartner war. «Es ist ein fatales Signal – gerade in einer Zeit, in der Polarisierung, Vorurteile und religiöse Pauschalisierungen wieder zunehmen.»

Die Arbeit des Religionswissenschaftlichen Seminars sei ein Brückenbauer zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Glaubensgemeinschaften – und «damit unverzichtbar für Integration, Toleranz und soziale Kohäsion». (sfr)

reich, in dem die Fakultät mehr Potenzial sehe.

Kritikerinnen und Kritiker hatten auch argumentiert, die Religionswissenschaft habe in

den letzten Jahren beachtliche Forschungsgelder eingeworben – die Rede ist von fast vier Millionen Franken. Für die Universität war das jedoch kein aus-

schlaggebendes Argument, das Fach zu erhalten.

«Die Drittmittel reichen bei Weitem nicht, um die Ausgaben des Seminars zu decken», schreibt Hartmann. Hauptgrund für das strukturelle Defizit der KSF seien sinkende Studierendenzahlen – und damit rückläufige Beiträge von Bund und Kantonen. Die Drittmittelerfolge der Religionswissenschaft würden zwar anerkannt, könnten aber die grundlegenden finanziellen Probleme nicht ausgleichen.

Dass der Entscheid damit den eigenen Zielen widerspricht, die Forschungskapazitäten auszubauen, weist Hartmann zurück. Man habe verschiedene Aspekte abwägen müssen. «Es gibt sehr viele relevante Forschungsfelder. Keine Universität der Welt kann alle bearbeiten. Deshalb muss auch die Universität Luzern priorisieren.»

Michael Baumeler ist Martinivater

Hochdorf Am 73. Bott der Martinizunft Hochdorf wurde der 54-jährige Jurist **Michael Baumeler** (Bild) zum Martinivater 2026 gewählt. Das teilt die Zunft in einer Mitteilung mit. Zusammen mit seiner Frau Judith spricht Baumeler Fasnachtstage unter dem Motto «Fasnacht in volle Zög». Der Kinderumzug am Güdismontag wird dem Thema «Wasserwelten» gewidmet sein. Die neue Fasnachtsplakette widmet sich dem Thema Südiareal unter dem Motto «Mer brenged d'Fasnacht zum Süude». (luz)

In eigener Sache

Schicken Sie uns Ihre Bilder vom Zukunftstag

Aufruf Heute findet der Nationale Zukunftstag statt. Hunderte Betriebe laden Schülerinnen und Schüler ein, Berufe zu erkunden. Kinder und Jugendliche erhalten praxisnahe Einblicke in Berufe und Arbeitsbereiche, in denen ihr Geschlecht untervertreten ist. Der Zukunftstag soll die Durchmischung der Geschlechter bei den Berufen fördern, Horizonte erweitern, Geschlechterstereotype sowie das Fachkräftepotenzial aufzeigen.

Wir laden Sie ein, liebe Leserin, liebe Leser, das beste Bild bzw. Ihren Schnappschuss aus Ihrem Betrieb unter www.luzernerzeitung.ch/leserbeitrag als Leserbild einzusenden. Alternativ können Sie uns auch ein E-mail senden an online@luzernerzeitung.ch mit dem Betreff «Zukunftstag» oder ein WhatsApp an 079 292 59 17. Nennen Sie den Aufnahmeort, den Namen des Betriebs und beschreiben Sie, wer auf dem Bild zu sehen ist und was die Kinder machen.

Die Online-Redaktion publiziert alle Bilder in einer Bildergalerie auf www.luzernerzeitung.ch. (rem)

Freiamt

«Verzicht auf Sanierung steht nicht zur Diskussion»

Die Sanierung der Tennisplätze in Wohlen verzögert sich. Die Reaktionen des Gemeinderats und des Tennisclubs.

Marc Ribolla

Der Montagabend verlief gar nicht nach dem Gusto der Mitglieder des Tennisclubs Wohlen Niedermatten. Zahlreiche von ihnen verfolgten die Einwohnerratsdebatte im Casino auf der Tribüne als Zuschauende. Sie wollten dabei sein, wenn das Dorfparlament den Kredit über 735'000 Franken für die Sanierung und den Ersatz der neuen Sandplätze beim Wohler Sportzentrum bewilligt.

Die anwesenden Tennisspielenden mussten jedoch ohne einen Entscheid den Saal wieder verlassen. Denn der Gemeinderat zog den traktandierten Bericht und Antrag unmittelbar vor dessen Behandlung im Einwoh-

nerrat zurück. Der zuständige Ressortverantwortliche, Gemeinderat Roland Vogt, erklärte: «Offensichtlich entspricht der Antrag des Gemeinderats nicht mehr oder nicht ganz den Bedürfnissen des Tennisclubs.»

Dessen Verantwortlichen hatten sich im Vorfeld der Einwohnerratsdebatte im «Wohler Anzeiger» am 7. November unter anderem nicht glücklich mit der vorgelegten Sanierungsvariante gezeigt. Sie würden zum Beispiel eine Splitting der Plätze in fünf neue Sand- und vier neue Acrylplätze favorisieren anstatt neun neue Sandcourts. Der TC Wohlen Niedermatten ist mit über 500 Mitglieder der grösste Club im Aargau.

Am Tag nach der Einwohneratssitzung kontaktiert die Zeitung Tennisclub-Co-Präsidentin Maja Meier. Wie hat sie den Entscheid des Gemeinderats aufgenommen? «Wir sind natürlich erschrocken, als der Rückzug des Kreditantrags angekündigt wurde, nehmen ihn aber so zur Kenntnis. Der Gemeinderat wird seine Gründe gehabt haben», kommentiert sie. Auf Anfrage der AZ teilt die Exekutive mit, dass der Rückzug des Antrags effektiv aufgrund der medialen Aussagen der Verantwortlichen des Tennisclubs geschah. Der Rückzugsentscheid fiel in der Vorbereitung der Einwohnerratssitzung im Rahmen einer Gemeinderatssitzung am selben Tag.

Angesichts der unerwarteten Wende stellt sich die Frage, ob man seitens der Gemeinde, als Besitzerin der Sportanlage Niedermatten, vor der Ausarbeitung der Sanierung mit dem Tennisclub gesprochen hat. «Die Vorlage wurde seitens Gemeinde als Eigentümerin der Anlage mit den Verantwortlichen des Tennisclubs als Nutzer ausgearbeitet», antwortet er. Man sei bis zum Erscheinen des Artikels im «Wohler Anzeiger» davon ausgegangen, dass die verabschiedete Vorlage vom Club auch unterstützt werde.

«Die Gemeinde ist als Eigentümerin der Anlage zwar frei in ihren Entscheidungen, aber selbstverständlich werden die Wünsche und Bedürfnisse

der Nutzenden berücksichtigt», sagt der Gemeinderat. Den Rückzug der Vorlage betrachtet er als richtigen Schritt. Er verteidigt das Vorgehen so: «Es wäre aufgrund der veränderten Ausgangslage nicht seriös, ohne nochmalige Überarbeitung des Antrags an den Einwohnerrat zu gelangen.»

Ein neuer Kreditantrag wohl im März 2026

Klar ist, dass der Rückzug nun zu einer Verzögerung der dringend nötigen Sanierung führt. Die Plätze sind schon über 20 Jahre alt und am Ende der Lebensdauer angelangt. Tennisclub-Co-Präsidentin Maja Meier meint vorausblickend: «Wir hoffen nun, dass es bald

einen neuen Antrag des Gemeinderats geben wird.»

Das wird in der Tat der Fall sein. «Ein Verzicht auf die Sanierung der Plätze steht für den Gemeinderat nicht zur Diskussion», hält dieser klipp und klar fest. Er werde die Vorlage nun in Zusammenarbeit mit dem Tennisclub nochmals überarbeiten.

Das benötigt zwar eine gewisse Zeit, dennoch geht der Gemeinderat davon aus, dass der Einwohnerrat voraussichtlich im März 2026 über den neuen Kreditantrag befinden kann. «Der Legislaturwechsel spielt dabei keine Rolle. Der aktuelle Gemeinderat wird seine Aufgaben bis Ende 2025 wahrnehmen und die Geschäfte vorantreiben», heisst es abschliessend.